

# IHK Bielefeld

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN INFORMATIONEN

Datum

**21. Mai 2003**

### **92/03 IHK kritisiert vehement NRW-Landesvotum zum Bundesverkehrswegeplan**

Die Industrie und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld (IHK) zeigt sich tief enttäuscht über das abschließende Votum des Landes NRW zum Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplanes in Bezug zur A 33, B 66n, B 64n und B 64/83. „Diese wichtigen Straßenbauprojekte für die Region sollen nach Willen der Landesregierung entweder ganz unter den Tisch fallen oder erheblich verzögert werden. Für die Wirtschaft ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar.

Wir haben es langsam satt, dass wichtige Infrastrukturinteressen der Region auf dem Altar der Düsseldorfer Koalitionsarithmetik geopfert werden. Auch der persönliche Einsatz von Minister Axel Horstmann blieb leider ohne Erfolg,“ bedauert Thomas Niehoff, IHK-Hauptgeschäftsführer.

Die Naturschutzvorbehalte gegen die A 33 bei Halle und die B 64/83 bei Paderborn sollen laut Landesvotum bestehen bleiben. Deren Votum sieht darüber hinaus vor, die B66n bei Bielefeld vollständig aus dem Bedarfsplan zu streichen. Die B 64n zwischen Herzebrock und Münster soll als weiterer Bedarf eingestuft und mit einem Naturschutzvorbehalt versehen werden. Bleiben diese Straßenbauinvestitionen aus, befürchtet die IHK einen weiteren Verlust an Arbeitsplätzen in Ostwestfalen. Daran änderten auch die Hochstufungen der B61n zwischen Bielefeld und Herford und der B 65n bei Lübbecke im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf nichts.

„Die negativen Entscheidungen in Sachen A 33, B 66n, B 64n und B 64/83 halten wir für ein sehr bedenkliches Signal in die falsche Richtung, gerade angesichts der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage“, betont Harald Grefe, stellvertretender IHK-Hauptgeschäftsführer, der dort für den Bereich Verkehr verantwortlich zeichnet. Eine sachliche und regionale Sichtweise der Straßenprojekte sei nicht erkennbar. Grefe: „Entgegen klarer fachlicher Argumente und des eindeutigen Votums des Regionalrates dafür, hat die Landesregierung offenbar rein politische Entscheidungen getroffen, die die Interessen der Grünen als Schwerpunkt haben, um die Koalition in Düsseldorf aufrecht zu erhalten.“ Die IHK setzt sich weiter dafür ein, dass der Bundesverkehrswegeplan im Sinne der Region Ostwestfalen auf der entscheidenden Ebene der Bundespolitik doch noch geändert wird.